

PB.Z-01 Kapitel 5: Zusammen leben

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-Z Kapitel 5: Zusammen leben

- 1 Unsere vielfältige Gesellschaft ist stark. Weil Menschen sich engagieren, auf
2 Fußballplätzen, bei der freiwilligen Feuerwehr, in Musikschulen oder am Sorgentelefon,
3 Junge für Alte, Alte für Junge. Weil es ein breites Kulturangebot gibt, eine vielfältige
4 Medienlandschaft. Weil die Jugend sich einmischt, weil Menschen in
5 Kommunalparlamenten Verantwortung übernehmen, sich Bürger*innen in Foren einbringen und das Schicksal
6 ihrer Orte in die Hand nehmen.
- 7 Aber Demokratie ist nie fertig. Unser demokratisches Zusammenleben in Deutschland
8 und Europa ist ein Versprechen, das wir immer wieder neu erfüllen müssen. Es verspricht gleiche
9 Entfaltungsmöglichkeiten und Rechte für alle, die hier leben. Es ist oft anstrengend,
10 teils eine Zumutung, wenn andere Ansichten und Werthaltungen akzeptiert und respektiert
11 werden müssen, wenn es den einen zu schnell und den anderen zu langsam vorangeht. Aber
12 vor allem ist es eine Stärke: zuhören, den Dialog suchen, inhaltlich ringen. So haben wir als
13 demokratische Gesellschaft die Herausforderungen der letzten Jahrzehnte gemeistert.
14 Nun gilt es mit voller Gleichberechtigung und mehr Beteiligung unsere liberale Demokratie zu
15 stärken, in Deutschland und in Europa, auf den Straßen, in den Parlamenten, und unsere
16 Institutionen fit zu machen für die Aufgaben dieses Jahrzehnts.
- 17 Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur
18 wenn Würde und gleiche Rechte vor der Klammer stehen, wenn alle Menschen in unserer
19 Gesellschaft, in unserem Europa gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in
20 Anspruch nehmen können, kommen Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – heraus
21 und wird Gerechtigkeit befördert. Dieser Anspruch ist jedoch noch nicht voll verwirklicht.
22 Wenn mit Frauen die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert
23 und bezahlt wird, ist die Demokratie nicht vollkommen. Viele Menschen erleben noch
24 immer Ausgrenzung und Diskriminierung. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe und mehr
25 Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen aus Ostdeutschland oder mit

Migrationsgeschichte.

- 26 Eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert.
- 27 Rassismus trifft uns nicht alle, aber er geht uns alle an. Wenn wir als Gesellschaft lernen,
- 28 Vielfalt als Reichtum zu begreifen, schützen wir uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze,
- 29 Ausgrenzung, Frauenhass und Rassismus. Aber das reicht noch nicht. Wir wissen, dass aus
- 30 diskriminierenden Worten Taten werden. Die Angriffe von Extremist*innen, insbesondere von
- 31 rechts, treffen unsere demokratische Gesellschaft bis ins Mark. Sie zielen auf Menschen beim
- 32 Beten, beim ausgelassenen Beisammensein oder in den Institutionen des Staates. Unsere
- 33 Demokratie muss wehrhaft dagegenhalten, mit einer starken Zivilgesellschaft, selbstbewussten
- 34 Parlamenten, einer gut ausgestatteten und bürger*innennahen Polizei und handlungsfähigen,
- 35 starken Justiz. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.
- 36 Wie wir unser Zusammenleben gestalten, hängt stark vom Zusammenspiel zwischen Bürger*innen
- 37 und dem Staat ab. Wenn Menschen beteiligt und gehört werden, geht Planung schneller. Wenn
- 38 Jugend mitentscheidet, werden Entscheidungen besser und zukunftsfester. Wenn
- 39 Gleichberechtigung und Vielfalt herrschen, werden sie ausgewogener und nachhaltiger. Wir
- 40 wollen deshalb mehr Möglichkeiten schaffen, damit Menschen sich einbringen können.
- 41 Immer mehr Herausforderungen sind europäisch und global. Sie bewältigen wir nur in einer
- 42 starken Europäischen Union, die Handlungswillen und Handlungsfähigkeit zusammenbringt und
- 43 die von ihren Bürger*innen aktiv mitgestaltet wird. Darum denken wir unsere Demokratie
- 44 konsequent europäisch, wollen diese vertiefen, lähmende Blockaden strukturell überwinden –
- 45 und so Zukunftsfragen beherzt angehen. Unser Fixstern für die Weiterentwicklung der
- 46 Europäischen Union ist die Föderale Europäische Republik.
- 47 Gleichzeitig gilt es unseren demokratischen Staat auf die Höhe der Zeit zu bringen. Alte
- 48 Faxgeräte, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie nerven und verhindern, dass es
- 49 vorangeht. Unser Ziel ist ein gut funktionierender Staat, pragmatisch und den Menschen
- 50 zugewandt. Ein Staat, der mit einer effizienten, zugänglichen Verwaltung in der Lage ist,
- 51 Krisen zu bewältigen, und das Land voranbringt, der es Menschen leicht macht, ihren Alltag
- 52 zu bewältigen und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Und wir wollen mit Anstand und
- 53 Transparenz regieren, bauend auf Gleichberechtigung und kooperativ. Für

Zusammenhalt in

54 Vielfalt, in einem bürger*innennahen Staat.

55 **Wir machen den Staat effektiver und bürger*innennäher**

56 **Planungs- und Investitionsbeschleunigung**

57 Deutschland braucht im nächsten Jahr eine Modernisierungsoffensive. Die
58 Schieneninfrastruktur, erneuerbare Energien und die Energienetze müssen ausgebaut,
Schulen,

59 Straßen und Brücken saniert, digitale Infrastrukturen aufgebaut werden. Doch derzeit
dauert

60 es oft viel zu lange, solche Projekte zu realisieren, Investitionsmittel fließen nicht ab.

61 Das wollen wir ändern. Wir verschlanken die Verfahren durch Bündelung und schaffen

62 öffentliche Planungskapazitäten. Wir stärken auf allen Ebenen die Planungsbehörden
und

63 zuständigen Gerichte. Besonders wichtige Projekte sollten durch eine Einbeziehung
des

64 Parlaments beschleunigt werden. . Auch die frühzeitige Einbindung der Bürger*innen
vor Ort

65 führt in der Regel dazu, dass Projekte schneller und besser abgeschlossen werden
können.

66 Ziel ist, alle Planungszeiten zu halbieren.

67 **Digitale Ämter - serviceorientiert, schnell und zuvorkommend**

68 Jeden Tag tun gut ausgebildete Fachleute in den Behörden ihre Arbeit, um das Land
am Laufen

69 zu halten. Dennoch ist für viele Menschen der Kontakt zu deutschen Behörden
unkomfortabel

70 und unzeitgemäß. Ein Grund dafür sind unzureichende Technik und veraltete und
überkommene

71 Abläufe. Mit mehr barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen
72 Beteiligungsformaten im Planungsrecht und Open Government wollen wir unsere
Verwaltung

73 modernisieren und unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen.

74 Verwaltungsverfahren sollen stets digital gedacht und gestaltet werden, vor allem
auch in

75 der Zusammenarbeit mit Unternehmen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die
Türen des

76 Staates auch für den persönlichen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern geöffnet
bleiben

77 und durch mobile Angebote ergänzt werden. Die Nutzung der digitalen
Verwaltungsleistungen

78 soll über einen zentralen Zugang erfolgen. Der Austausch von Unterlagen unter den
Behörden

79 muss nach Zustimmung und unter Beachtung des Datenschutzes möglich sein. Damit
die

80 Verwaltung all dies leisten kann, muss sie selbst digitalisiert werden. Wir setzen uns

81 gemeinsam mit den Ländern dafür ein, dass die Verwaltung flächendeckend mit der

modernsten
82 Technik ausgestattet wird, vom Gesundheits- bis zum Bürgeramt. Digitalisierung wird
das
83 Verhältnis von Staat und Bürger*innen auf eine neue Basis stellen und auch zum Motor
für
84 einen modernen Sozialstaat werden. In diesem werden Leistungen des Staates ohne
komplizierte
85 Anträge geprüft und automatisch den Berechtigten bereitgestellt.

86 **Der Personalausweis auf dem Smartphone**

87 Sichere und geschützte digitale Identitäten sind (häufig) das fehlende Puzzlestück für
88 moderne staatliche Dienstleistungen und die vertrauensvolle Nutzung privater
Dienste. Wir
89 wollen auch bei digitalen Verwaltungsleistungen vorankommen und den Sprung zu
sicheren
90 mobilen digitalen Identitäten per Smartphone (Wallet-Lösungen) ermöglichen – wie es
zum
91 Beispiel in skandinavischen Ländern schon Praxis ist. Mit dem mobilen
Personalausweis auf
92 dem Smartphone sollen Bürger*innen beispielsweise Behördengänge oder die
Steuererklärungen
93 abwickeln können. Mit einer staatlich abgesicherten ID-Wallet, die den höchsten
Datenschutz-
94 und IT-Sicherheitsstandards entspricht, sollen Bürger*innen ihren Personalausweis,
ihren
95 Führerschein oder ihre Krankenkassenkarte, aber auch Zahlungsdaten und
Mitgliedschaften
96 sicher auf dem Smartphone verwahren können und nicht auf private Anbieter
angewiesen sein
97 müssen. Diese digitalen Identitäten können dann auch für die sichere Nutzung von
privaten
98 Diensten wie Online-Versandhandel genutzt werden. Dafür schaffen wir die gesetzliche
99 Grundlage, fördern die öffentliche Entwicklung und Zertifizierung. Europa und
Deutschland
100 müssen bei hoheitlichen digitalen Identitäten Vorreiter sein und Vertrauen durch
101 Souveränität schaffen.

102 **Transparenz-Gesetz für Open Data**

103 Der Zugang zu staatlichen Datenbeständen ermöglicht innovative, elektronische
104 Dienstleistungen sowie neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für neue
105 technologische Anwendungen ist der geregelte Zugang zu offenen Daten aus
staatlichen
106 Beständen wichtig. Wir heben den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten
nicht
107 personenbeziehbaren Daten und wollen diesen zeitnah, kosten- und lizenzfrei zur
Verfügung
108 stellen. Das bestehende Datenportal GovData wollen wir zu einem zentralen und
109 nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal ausbauen. Auch offene Software,

offene
110 Standards und offene Schnittstellen fördern wir, indem wir sie als Standard in die
Vergabe-
111 und Vertragsordnungen für öffentliche Gelder aufnehmen.

112 **Bessere Daten für die Forschung - bessere** 113 **Entscheidungsgrundlagen für** 113 **die Politik**

114 Auch die Corona-Krise hat wieder einmal gezeigt, dass Deutschland bei
Forschungsdaten weit
115 hinter vergleichbaren Ländern zurückliegt. Während in den USA viele Daten quasi in
Echtzeit
116 vorlagen und politische Maßnahmen zeitnah evaluiert werden konnten, fehlen bei uns
117 hinreichende und schnell verfügbare Daten. Wir wollen das ändern und zeitnah Daten
der
118 Forschung und den politischen Entscheidungsträger*innen zur Verfügung stellen. Dafür
richten
119 wir ein Forschungsdatenzentrum beim Statistischen Bundesamt ein, mit einem
gesetzlichen
120 Forschungsauftrag und einem eigenen Forschungsinstitut. Wir werden auch
Unsicherheiten bei
121 der Datenverknüpfung beseitigen und ein Datentreuhandzentrum einrichten, das,
unter
122 Datenschutzauflagen, Daten aus unterschiedlichen öffentlichen Statistiken verknüpfen
darf.

123 **Klimaneutrale Bundesverwaltung**

124 Klimaschutz braucht Vorreiter und Vorbilder. Wir wollen, dass die Bundesverwaltung
endlich
125 beides wird. Die Bundesverwaltung muss klimaneutral werden. Das umfasst sowohl
die
126 Versorgung mit Ökostrom und den Fuhrpark der Bundesbehörden als auch die
Gebäude des Bundes,
127 die mit erneuerbaren Heiz- und Kühlsystemen ausgestattet und umfassend
energetisch
128 modernisiert werden. Mit der Einführung eines Solarstandards über Neubauten hinaus
werden
129 die Dächer der Bundesbehörden zu Kraftwerken. Zudem sorgen wir dafür, dass der
Bund seine
130 Beschaffung sofort an ökologischen und sozialen Kriterien orientiert. So geht die Politik
131 mit gutem Beispiel voran.

132 **Der lernende Staat**

133 Corona- und Klimakrise führen uns vor Augen, mit welcher großen Herausforderungen
Regierung
134 und Verwaltung heute umgehen müssen. Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung in
die Lage

135 versetzt wird, vorausschauend zu handeln und sich zugleich zügig und konsequent an
ihre
136 jeweiligen Aufgaben anzupassen. Dafür braucht es eine Kultur behördlicher
Zusammenarbeit
137 sowie innovative und flexible Arbeitsstrukturen. Innovationseinheiten in den Behörden
sollen
138 eng und transparent mit Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden zusammenarbeiten,
sich
139 untereinander vernetzen sowie neue Ideen testen und eine positive Fehlerkultur
etablieren.
140 Mitarbeiter*innen und Beamt*innen der öffentlichen Verwaltung sollen außerdem in
ihrer
141 Expertise und Kreativität gefördert und gestärkt werden. Wir setzen uns zudem für
mehr
142 Kooperation der Ministerien bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele ein.

143 **Justiz entlasten und digitalisieren**

144 Strafverfolgungsbehörden und Gerichte haben mit einer hohen Arbeitsbelastung zu
kämpfen.
145 Verfahren dauern zu lang. Hier braucht es dringend Entlastung durch mehr Personal,
durch die
146 Entkriminalisierung von Bagatelldelikten und durch eine flächendeckende Ausstattung
der
147 Justiz mit der nötigen Technik. Die Digitalisierung der Justiz wie auch ihren
Personalbedarf
148 werden wir durch einen Bund-Länder-Digitalpakt Justiz in Fortsetzung und
Konkretisierung des
149 Ende 2021 auslaufenden Pakts für den Rechtsstaat mit ausreichender Finanzierung
umsetzen.
150 Polizei und Staatsanwaltschaft müssen digital zusammenarbeiten können, wozu es
einheitliche
151 Programme und zureichende Bandbreiten braucht. Wir fördern und vereinfachen die
152 elektronische Kommunikation zwischen Bürger*innen und Justiz. Dazu gehört der
leichte Zugang
153 zum Recht durch schnelle Online-Verfahren für einfache Rechtssachen.

154 **Den öffentlichen Dienst stärken und modernisieren**

155 Der öffentliche Dienst, die Millionen Menschen, die in Verwaltungen, Ministerien und
156 Behörden arbeiten, sind ein Rückgrat unserer Demokratie und das Fundament unseres
157 Gemeinwesens. Doch in den letzten Jahrzehnten wurde zu oft am öffentlichen Dienst
gespart
158 und gekürzt – die Konsequenzen spüren wir heute alle. Damit unser Staat mit den
großen
159 Herausforderungen Schritt halten kann, müssen die Mitarbeiter*innen unseres
Gemeinwesens in
160 die Lage dazu versetzt werden. Wir wollen deshalb den öffentlichen Dienst wieder
stärken und
161 ihn zugleich modernisieren. Mehr Stellen, gerade im IT- und Planungsbereich, gute

Bezahlung,
162 flexible Laufbahnen, mehr Durchlässigkeit machen den öffentlichen Dienst fit für das
21.
163 Jahrhundert. Dazu starten wir eine große Fortbildungsoffensive für die öffentliche
164 Verwaltung und werden die Digitalisierung zum Schwerpunkt einer jeden
Verwaltungsausbildung
165 machen.

166 **Vielfalt in der Verwaltung**

167 Die Vielfalt Deutschlands sollte sich auch in seiner Verwaltung widerspiegeln, denn das
168 trägt zu Vertrauen und Bürger*innennähe bei. Eine diverse Verwaltung entsteht aber
nicht von
169 selbst, sondern benötigt Mittel, Strukturen und gezielte Förderung. Im Bereich des
170 öffentlichen Dienstes und der Unternehmen mit Bundesbeteiligung hat der Staat die
171 Möglichkeit, als gutes Beispiel in Sachen Vielfalt voranzugehen, so beispielsweise
172 Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu fördern und bei der Einstellungs- und
173 Beförderungspraxis nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die
174 gesellschaftliche Vielfalt zu beachten und in den Unternehmensleitbildern das Ziel der
175 Gleichberechtigung und der Repräsentanz diskriminierter Gruppen zu verankern. Ganz
besonders
176 gilt dies für die im Bewerbungsprozess besonders relevanten Einheiten wie die
177 Personalabteilung oder Einstellungskommissionen, die so weit wie möglich
geschlechtergerecht
178 und vielfältig zu besetzen sind. Wir werden verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung
des
179 Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund einführen. Das „Diversity-Budgeting“,
also
180 den Einsatz und die Evaluierung von Haushaltsmitteln in einer Vielfalt besonders
fördernden
181 Weise, wollen wir voranbringen.

182 **Wir treten ein für Vielfalt, Anerkennung und gleiche** 183 **Rechte**

184 **Einheit in Vielfalt**

185 Wir alle sind unterschiedlich, aber an Rechten und Würde gleich. Zusammenhalt in
Vielfalt
186 setzt voraus, respektiert und gehört zu werden, gleichberechtigt mitgestalten und
teilhaben
187 zu können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleiche zu begegnen, das
Gemeinsame neben
188 den Unterschieden zu sehen. Damit die Perspektive und Expertise derjenigen, die von
189 Diskriminierung betroffen sind, gehört werden, sie als Gleiche die Möglichkeit zur
vollen
190 Teilhabe erhalten, wollen wir einen Partizipationsrat, ähnlich dem Deutschen Ethikrat,
als
191 ein gesetzlich verankertes und unabhängiges Gremium einführen, mit Vertreter*innen

aus der
192 (post)migrantischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Forschung. Um den
gesellschaftlichen
193 Zusammenhalt zu fördern, wollen wir die verschiedenen gesellschaftlichen Themen,
die die
194 Teilhabe an der offenen und vielfältigen Einwanderungsgesellschaft betreffen, bei
einem
195 Ministerium bündeln und diese Themen aus dem Innenministerium herauslösen. Für
mehr
196 Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz vorlegen
und das
197 Bundesgremiengesetz reformieren. Alle, die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt hier
haben,
198 sollen ein kommunales Wahlrecht erhalten.

199 **Konsequent gegen Rassismus**

200 Rassismus ist Realität im Alltag, auf der Straße, im Netz, in Institutionen. Er betrifft
201 nicht alle von uns gleichermaßen, aber er geht uns alle gleichermaßen an. Rassismus
und alle
202 Formen von Diskriminierungen stellen nicht nur eine große Gefahr für die betroffenen
203 Menschen dar, sondern bedrohen auch das gleichberechtigte und friedliche
Zusammenleben. Wir
204 wollen den Schutz vor und die Beseitigung von Diskriminierungen und strukturellem
Rassismus
205 mit einem staatlichen Gewährleistungsanspruch in der Verfassung verankern,
ergänzend zur
206 überfälligen Ersetzung des Begriffs „Rasse“ sowie der expliziten Benennung von
207 Diskriminierung aufgrund sexueller Identität. Die Antidiskriminierungsstelle des
Bundes
208 (ADS) muss unabhängiger und wirkmächtiger werden – mit mehr Personal, Budget und
209 Kompetenzen. Zudem wollen wir eine*n weisungsunabhängige*n und finanziell gut
210 ausgestattete*n Antirassismusbeauftragte*n einsetzen. Das Allgemeine
Gleichbehandlungsgesetz
211 soll zu einem echten Bundesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickelt werden. Das
Netz
212 zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen soll flächendeckend ausgebaut und in den
213 Institutionen sollen Anlaufstellen geschaffen werden. Wir werden die Forschung zu
214 Diskriminierung und Rassismus ausbauen, insbesondere Antidiskriminierungs- und
215 Gleichstellungsdaten erheben und unabhängige wissenschaftliche Studien in Bezug
auf
216 staatliche Institutionen durchführen. Antirassismus, Antidiskriminierung und
217 Postkolonialismus wollen wir in Lehrplänen verankern.

218 **Unterstützung und Sicherheit für Juden und Jüdinnen in Deutschland**

219 Jüdisches Leben in seiner Vielfalt und seiner Selbstentfaltung in Deutschland werden
wir
220 konsequent fördern und sichtbar machen. Wir unterstützen Projekte und Initiativen,

die
 221 jüdisches religiöses Leben, Kultur und Bildung stärken. Wir wollen politische und
 kulturelle
 222 Bildungsangebote für alle Bürger*innen zugänglich machen, um Wissen über das
 jüdische Leben
 223 sowie Kontakte und Erfahrungen mit jüdischen Menschen und Einrichtungen zu
 vermitteln, auch
 224 über schulische und universitäre Curricula. Dafür müssen sich jüdische Menschen in
 225 Deutschland sicher fühlen können. Sicherheit von Jüdinnen und Juden und den Schutz
 jüdischer
 226 Einrichtungen und Gemeinden müssen wir umfassend gewährleisten. Antisemitische
 Anschläge in
 227 der Gegenwart, allen voran der von Halle, erinnern uns daran, wie stark der
 Antisemitismus
 228 noch immer in Deutschland verbreitet ist. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung,
 229 Antisemitismus, auch im Alltäglichen, mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten.
 Dafür
 230 braucht es bessere Analysekapazitäten und eine entschlossene Ahndung und
 Dokumentation
 231 antisemitischer Vorfälle. Antisemitische Narrative und verschwörungsideologische
 Erzählungen
 232 – auch im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen – müssen
 entlarvt werden.
 233 Präventionsmaßnahmen und sensibilisierende Aus- und Fortbildungen, allen voran der
 234 Mitarbeiter*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie der Gerichte,
 wollen
 235 wir gezielt ausbauen. Antisemitismus soll auch abseits des Geschichtsunterrichts in
 den
 236 Lehrplänen verankert werden.

237 **Muslim*innen schützen und stärken**

238 Der Islam gehört zu Deutschland, jedoch sind Muslim*innen überproportional von
 struktureller
 239 Diskriminierung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, sowie von gewalttätigen
 Übergriffen
 240 betroffen. Der Anschlag von Hanau, die fortdauernden Bedrohungen muslimischer
 Einrichtungen
 241 zeigen, wie dringend nötig umfassende Schutzkonzepte sowie Präventionsprogramme
 sind. Opfer
 242 müssen geschützt, beraten und gestärkt, die Ursachen der Muslim*innenfeindlichkeit
 verstärkt
 243 in den Blick genommen werden. Tatsächliche Gleichstellung setzt rechtliche
 Gleichstellung
 244 voraus. Im Bereich der religiösen Pluralität stellt das deutsche
 Religionsverfassungsrecht
 245 eine gute Grundlage dar, um die Vielfalt auch in einer modernen
 Einwanderungsgesellschaft zu
 246 gewährleisten. Der Staat darf keine Religion diskriminieren oder ungerechtfertigt
 247 bevorzugen. Wir unterstützen Staatsverträge mit islamischen
 Religionsgemeinschaften, die in

248 keiner strukturellen Abhängigkeit zu einem Staat, einer Partei oder politischen
Bewegung und
249 deren oder dessen jeweiliger Regierungspolitik stehen und sich religiös selbst
bestimmen.
250 Für die eigenständige und selbstbewusste Religionsausübung von Muslim*innen ist
eine Imam-
251 Ausbildung in Deutschland dringend notwendig. Dafür wollen wir islamisch-
theologische und
252 praxisorientierte Aus- und Weiterbildungsprogramme für Imame und islamische
253 Religionsbedienstete in Kooperation mit den Instituten für islamische Theologie
bundesweit
254 etablieren und unterstützen.

255 **Antiziganismus entschlossen bekämpfen**

256 Immer noch leiden Menschen mit Romani-Hintergrund in Deutschland an einem
tiefsitzenden
257 Antiziganismus, der bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Immer noch werden
Angehörige
258 der größten Minderheit in der Europäischen Union beim Zugang zu Bildung,
Gesundheit, Wohnen
259 und Arbeit benachteiligt. Wir wollen deshalb die neue EU-Roma-Rahmenstrategie
(Post-2020)
260 umsetzen. Dafür braucht es eine mit ausreichend finanziellen Mitteln und Befugnissen
261 ausgestattete „Nationale Koordinierungsstelle“, die die Umsetzung und das Monitoring
der
262 deutschen Strategie in Abstimmung mit den Bundesländern, Verwaltungen und
263 Selbstorganisationen übernimmt. Der Erhalt von Sprache und Kulturen von Sinti*
und
264 Rom*nja muss aktiv gefördert sowie eine unabhängige, zivilgesellschaftliche
Monitoring- und
265 Informationsstelle zur Dokumentation und Aufarbeitung antiziganistischer Vorfälle und
zur
266 Unterstützung der Betroffenen eingerichtet werden.

267 **Ein Barrierefreiheits-Gesetz**

268 Wir treten für eine inklusive Gesellschaft ein. Für behinderte und ältere Menschen,
Eltern
269 mit Kinderwagen oder Verletzte mit Gipsbein sind jedoch Stufen, zu enge Türen oder
schwer
270 lesbare Webseiten oft im Weg, es ist mühsam, manchmal unmöglich, Angebote zu
nutzen, die für
271 andere selbstverständlich sind. Wir wollen Barrierefreiheit schaffen, damit Menschen
mit
272 Behinderungen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben und selbstbestimmt,
gemeinsam
273 mit nichtbehinderten Menschen leben, lernen und arbeiten können. Das wollen wir mit
einem
274 „Barrierefreiheits-Gesetz“ erreichen. Durch eine Erhöhung der Bundesförderung soll
mehr

275 barrierefreier Wohnraum entstehen. Den Abbau von Barrieren in Städten und Dörfern
werden wir
276 im Rahmen der Städtebauförderung unterstützen.

277 **Verhältnis Kirche und Staat reformieren**

278 Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind eine wichtige Stütze unserer
Gesellschaft. Sie
279 sind zuverlässige Partner, wenn es um gesellschaftlichen Zusammenhalt geht. Die
Betreuung
280 von Pflegebedürftigen, Menschen mit Behinderungen und Kindern wäre ohne die
Vielfalt auch
281 der kirchlichen Träger nicht möglich. Ihre tatkräftige Unterstützung, wenn es um
282 Seenotrettung und die Integration von Geflüchteten geht, ist ein wichtiger
283 gesellschaftlicher Beitrag. Das Grundrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit
wollen
284 wir, auch weltweit, weiter stärken. Gleichzeitig wahren wir das
Selbstbestimmungsrecht der
285 Religionsgemeinschaften, suchen die Kooperation und den Dialog mit allen
unabhängigen
286 Religions- und Weltanschauungen, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei
stets zum
287 säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip. Die besondere Beziehung zwischen
Staat und
288 den christlichen Kirchen wollen wir erhalten und wo nötig der gesellschaftlichen
Realität
289 anpassen. So wollen wir, dass beispielsweise das kirchliche Arbeitsrecht reformiert
wird.
290 Außerdem wollen wir die Vollendung des Verfassungsauftrags zur Ablösung der
Staatsleistungen
291 umsetzen.

292 **Wir erneuern das demokratische Fundament**

293 **Für eine saubere Politik**

294 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen. Grundlage sind klare Regeln und die
Haltung
295 der Menschen, die sie vertreten. Wir wollen Vertrauen ermöglichen und das Primat der
Politik
296 gegenüber intransparenter Einflussnahme schützen. Seit Jahren drängen wir darauf,
dass
297 politische Interessensvertretung transparent, nachvollziehbar und fair ist. Bereits bei
der
298 Entstehung von Gesetzen muss sichtbar sein, wer Einfluss genommen und welche
Akteur*innen
299 mitgewirkt haben. Dafür wollen wir mit einem gesetzlichen Lobbyregister wirkungsvoll
den
300 Einfluss organisierter Interessensgruppen und von Lobbyist*innen bei Bundesregierung
und

301 Bundestag offenlegen. Interessenskonflikte wollen wir verhindern und Abgeordneten
eine
302 entgeltliche Lobbytätigkeit neben ihrem Mandat untersagen und die gesetzliche
Regelung zur
303 Abgeordnetenbestechung klarer fassen. Wir wollen, dass der Wechsel aus
Regierungsämtern in
304 die Wirtschaft für eine Karenzzeit von zwei Jahren nach Ausscheiden auf
Interessenskonflikte
305 geprüft wird. Einkünfte von Abgeordneten aus Nebentätigkeiten sollen auf Euro und
Cent
306 veröffentlicht werden, für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen von
Abgeordneten
307 braucht es striktere Regeln. Die Annahme von Direktspenden durch parteigebundene
Abgeordnete
308 sollte verboten werden. Spenden an Parteien müssen transparenter gemacht werden,
deshalb
309 wollen wir striktere Veröffentlichungsregeln. Parteispenden sollen auf natürliche
Personen
310 beschränkt und auf einen jährlichen Höchstbetrag gedeckelt werden. Solange es keine
311 gesetzliche Regelung gibt, wollen wir uns im politischen Wettbewerb nicht
schlechterstellen
312 als die politische Konkurrenz. Für das Parteiensponsoring wollen wir eine gesetzliche
313 Regelung und eine Veröffentlichung ab dem ersten Euro einführen. Das Parteiengesetz
und die
314 unabhängige Kontrolle werden wir stärken.

315 **Parlament stärken, Wahlrecht reformieren**

316 Der Bundestag ist der zentrale Ort für öffentliche Debatten, Rede und Gegenrede und
317 Entscheidungen unserer Demokratie. Für gute Gesetzgebung braucht es ausreichende
Beratung
318 und eine Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments. Wir wollen die Rolle des
Bundestages
319 bei der Gesetzgebung ausbauen. Seine Arbeitsfähigkeit ist zu garantieren und zu
stärken.
320 Deshalb setzen wir uns für eine Wahlrechtsreform ein, die das Parlament kleiner
macht, fair
321 und verfassungsgemäß ist und bei der jede Stimme gleich viel wert ist. Die Sitzungen
der
322 Fachausschüsse sollen in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Die
323 Abgeordneten sollen in ihren Kontrollrechten gegenüber der Regierung mit einem
324 Akteneinsichtsrecht gestärkt werden.

325 **Macht fair teilen, auch in den Parlamenten**

326 Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative
Demokratie
327 muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und
Lebenswege,
328 die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Das bedeutet auch,

dass es
329 dringend mehr Frauen im Parlament braucht. Frauen sollten überall gleichberechtigt
vertreten
330 sein, wo Entscheidungen getroffen werden, die uns alle betreffen. Gleichberechtigung
ist ein
331 historischer und verfassungsrechtlicher Auftrag für uns alle. Dass Parität per Gesetz
332 wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen Ausland. Dass
333 verfassungsrechtlich hohe Hürden bestehen, haben Urteile von Verfassungsgerichten
aus Bund
334 und Ländern aufgezeigt. Wir wollen die Parität vorantreiben und entsprechende
335 Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Um Frauen das politische Engagement zu
erleichtern,
336 braucht es auch Maßnahmen und Angebote, die Frauen den Einstieg in und die
Gestaltung von
337 Politik erleichtern.

338 **Mit 16 wählen**

339 Demokratie lebt von der Gestaltung und dem Engagement aller Bürger*innen, vom
Kindes- bis
340 ins hohe Alter. Viele politische Entscheidungen von heute sind entscheidend für die
Zukunft
341 junger Menschen, und viele junge Menschen übernehmen früh Verantwortung für die
342 Gesellschaft. Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen
machen und
343 ihre Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie
zukunftsicherer.
344 Darum werden wir uns dafür einsetzen, das Wahlalter für Bundestags- und
Europawahlen auf 16
345 Jahre abzusenken.

346 **Bürger*innenräte für mehr Beteiligung**

347 Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die Demokratie und stärken die
Repräsentanz.
348 Mit Bürger*innenräten schaffen wir die Möglichkeit, bei ausgewählten Themen die
349 Alltagsexpertise von Bürger*innen direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen.
Auf
350 Initiative der Regierung, des Parlaments oder eines Bürger*innenbegehrens beraten
zufällig
351 ausgewählte Bürger*innen in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete
Fragestellung.
352 Sie erarbeiten Handlungsempfehlungen und geben Impulse für die öffentliche
353 Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Eine freie, gleiche und
faire
354 Beratung muss sichergestellt werden. Regierung und Parlament müssen sich mit den
Ergebnissen
355 auseinandersetzen. Außerdem werden wir ein digitales Portal, wie es zum Beispiel in
Baden-
356 Württemberg schon erfolgreich angewendet wird, für die aktive Beteiligung an der
357 Gesetzgebung einführen und das Petitionsrecht zu einem leicht zugänglichen

Instrument für
358 bessere Mitwirkung am demokratischen Prozess ausbauen.

359 **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle und eine vielfältige** 360 **Medienlandschaft**

361 Kritischer und unabhängiger Journalismus ist eine Säule unserer Demokratie. Wir
haben in
362 Deutschland eine vielfältige Medienlandschaft aus öffentlich-rechtlichen, privaten und
Non-
363 Profit-Angeboten. Wir stehen zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen
364 öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle und arbeiten dafür, dass er stark und
zukunftsfest
365 aufgestellt ist. Dazu zählen auch eine ausreichende Finanzierung und ein
Programmauftrag,
366 der alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst. Aus der besonderen Stellung des
öffentlich-
367 rechtlichen Rundfunks und dem Anspruch, dass er die Lebenswelt und Interessen aller
368 angemessen abbildet, ergeben sich auch Reformbedarfe. Hierfür wollen wir
gemeinsam mit den
369 Ländern eine Initiative auf den Weg bringen und in der Breite der Gesellschaft eine
Debatte
370 darüber führen, wie öffentlich-rechtliche Medien im 21. Jahrhundert aussehen sollen.
Wir
371 setzen uns dafür ein, dass die Rundfunkräte die Vielfalt und unterschiedlichen
Perspektiven
372 unserer heutigen Gesellschaft besser abbilden, dass sie durchsetzungstärker sowie
sender-
373 und staatsferner werden. Die Mediatheken der öffentlich-rechtlichen Sender wollen wir
zu
374 gemeinsamen Plattformen weiterentwickeln, die europäisch verzahnt werden können,
um so die
375 europäische Demokratie zu stärken.

376 **Hasskriminalität im Netz bekämpfen**

377 Digitale Plattformen und Anwendungen müssen den Menschen dienen und nicht
umgekehrt. Uns
378 geht es darum, Nutzer*innenrechte zu stärken und dabei die Balance zwischen
379 Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit zu wahren. Wir wollen Hasskriminalität im
Netz
380 wirksamer bekämpfen und dafür einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln.
Betroffene müssen
381 sich schnell und effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Das wollen wir durch
die
382 ambitionierte Ausgestaltung und dann zügige Umsetzung des europäischen Digital
Services Act
383 erreichen. Wir treten für einen effektiven Umgang mit Nutzer*innenbeschwerden, eine
384 Verbesserung der Strafverfolgung und zivilrechtlicher Durchsetzung ein. Dafür
brauchen wir
385 personell wie technisch bestmöglich aufgestellte Strafverfolgungsbehörden. Diese

müssen, gut
386 geschult, auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können. Plattformbetreiber
müssen
387 ihrer großen Verantwortung gerecht werden. Sie dürfen bestehende Rechte nicht
aushöhlen,
388 sind für eigene Inhalte haftbar und müssen beim Moderieren von Inhalten die
Grundrechte
389 wahren. Große Anbieter sollen sich durch eine Abgabe an den unabhängigen
Beratungsangeboten
390 für Betroffene von Hass und Hetze beteiligen. Dies wollen wir bündeln in ein Gesetz für
391 digitalen Gewaltschutz, das die Möglichkeit beinhaltet, gegen Accounts vorzugehen,
wenn
392 keine Täter*in festgestellt wird. Für den Umgang mit Desinformation, aber auch für die
393 Rechtskontrolle der Anbieter insgesamt wollen wir die Aufsicht national wie auch
europäisch
394 besser strukturieren, unter anderem mit einer gemeinsamen Medienanstalt der
Länder. Eine
395 Verpflichtung zum Einsatz von Uploadfiltern lehnen wir ab.

396 **Software für die Allgemeinheit**

397 Unser Alltag wird immer häufiger von Teilhabe an und Zugang zu Software geprägt.
Freie und
398 offene Software bildet dabei eine Grundlage unzähliger Anwendungen, seien es
digitale
399 Lernplattformen, sichere Anwendungen für die Heimarbeit, Stärkung der IT-Sicherheit
mit
400 guter Verschlüsselung oder sichere und einfache Abstimmungsmöglichkeiten in der
Vereins- und
401 Parteiarbeit. Sie spielt in immer mehr gesellschaftlich relevanten Bereichen eine
402 entscheidende Rolle und ist Grundlage für unsere Anforderungen in Bezug auf
Offenheit,
403 Teilhabe und Sicherheit. Doch oftmals fehlt es den Entwickler*innen an Unterstützung,
diese
404 dauerhaft auf dem neusten Stand der Technik zu halten und anwendungsfreundlich zu
gestalten.
405 Wir treten daher dafür ein, eine eigenständige öffentliche Förderstiftung zu schaffen,
die
406 gesellschaftlich relevante freie und offene Software fördert, deren Ergebnisse
Gesellschaft,
407 Wissenschaft, Schulen, Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung stehen.

408 **Demokratiefördergesetz für eine starke Zivilgesellschaft**

409 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische Auseinandersetzung in
410 unserer Demokratie. Engagierte Menschen, vor allem Ehrenamtler*innen in Initiativen,
411 Verbänden, Vereinen oder NGOs, stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei,
wichtige Anliegen
412 auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen und leisten ihren Beitrag zur
Willensbildung. Wir

413 machen uns dafür stark, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut abgesichert, ohne
414 Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem
Demokratiefördergesetz
415 werden wir ihr Engagement nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch
finanziell
416 absichern. Die Arbeit der politischen Stiftungen wollen wir verbindlicher und
transparenter
417 regeln, auch in ihrem Verhältnis zu den Parteien, und dafür eine eigenständige
gesetzliche
418 Grundlage schaffen.

419 **Gemeinnützigkeit reformieren**

420 Alle Bürger*innen sollen gleichberechtigt an der Willensbildung unserer Gesellschaft
421 teilhaben können. Die Gemeinnützigkeit ist dafür ein wichtiger Status, der an vielen
Stellen
422 überhaupt erst Zugänge öffnet. Damit Initiativen und Verbände eigenständig bleiben,
sorgen
423 wir deshalb für Klarheit und Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht. Ihre
gemeinnützigen
424 Ziele sollen sie auch durch politische Aktivitäten wie Studien und Demonstrationen
425 verwirklichen dürfen. Nicht nur die Förderung des demokratischen Staatswesens,
sondern auch
426 die Förderung tragender Grundsätze sollte klar gemeinnützig sein. Die
Gemeinnützigkeit
427 zusätzlicher Zwecke wie des Friedens, der Durchsetzung der nationalen und
internationalen
428 Grund- und Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Durchsetzung des
Sozialstaatsgebotes
429 und allgemein der gleichberechtigten Teilhabe und der Bekämpfung von
Diskriminierung wollen
430 wir anerkennen und stärken. Auch der E-Sport soll gemeinnützig werden. Mit der
Einführung
431 einer Demokratieklausele stellen wir sicher, dass sich Vereine aktiv an
gesellschaftlichen
432 Debatten beteiligen können. Für mehr Transparenz sorgen wir mit einem
433 Gemeinnützigkeitsregister und einfach handhabbaren Transparenzpflichten sowie mit
Regeln zur
434 Offenlegung der Spendenstruktur.

435 **Freiwilligendienst ausbauen und für alle ermöglichen**

436 Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind vielfältig, Millionen Menschen stärken
damit den
437 Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir wollen den Bundesfreiwilligendienst auf 200.000
Plätze im
438 Jahr erweitern und machen uns für eine rechtliche Garantie für einen Platz stark. Die
439 Freiwilligendienste sollen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen
unabhängig
440 vom Einkommen ihrer Eltern engagieren können. Auch für Ältere und Menschen mit
Behinderungen

441 sollen die Rahmenbedingungen attraktiver und inklusiver werden. Zusammen mit
Ländern und
442 Kommunen wollen wir eine Engagementkarte für Vergünstigungen einführen,
beispielsweise für
443 Schwimmbäder oder Theater, und erkennen die Leistung der vielen Engagierten mehr
an.

444 **Wir gestalten die vielfältige Einwanderungsgesellschaft**

445 **Einbürgerung erleichtern**

446 Die Staatsangehörigkeit stellt ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe
und
447 Zugehörigkeit sicher. Wer in Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten,
448 deutsche*r Staatsbürger*in zu werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen
gewöhnlichen
449 Aufenthalt in Deutschland hat. Für Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser
450 Gesellschaft geworden sind, sollen Einbürgerungen früher möglich werden. Nach fünf
Jahren
451 Aufenthalt in Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können.
Den
452 Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir abschaffen und Mehrstaatigkeit
453 anerkennen. Die vorgenommenen Aushöhlungen des Staatsangehörigkeitsrechts
wollen wir
454 zurücknehmen. Hindernisse bei der Identitätsklärung, die nicht in der Hand der
455 Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht angelastet werden.

456 **Ein modernes Einwanderungsgesetz für eine vielfältige** 457 **Einwanderungsgesellschaft**

458 Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch bis heute fehlen eine aktive
459 Einwanderungspolitik und ein Einwanderungsrecht, das Einwanderung tatsächlich
fördert und
460 nicht komplizierter macht. Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz
beschließen, das neue
461 Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft – auch im gering- und
462 unqualifizierten Bereich –, das transparente, unbürokratische und faire Verfahren
bietet,
463 das globale und regionale Notwendigkeiten berücksichtigt und flexibel auf die Bedarfe
des
464 Arbeitsmarktes reagiert. Dafür soll auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs eine
465 punktebasierte Talentkarte eingeführt werden. Wir erleichtern die Bildungsmigration
über
466 Stipendien und Ausbildungsvisa, genauso wie die Voraussetzungen für eine
unbefristete
467 Aufenthaltserlaubnis und die Anerkennung von im Ausland erworbenen
Berufsqualifikationen.
468 Außerdem beenden wir den automatischen Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach
einem

469 sechsmonatigen Aufenthalt im Ausland. Für Menschen, die sich ohne sicheren
Aufenthaltstitel
470 in Deutschland befinden, jedoch in den Arbeitsmarkt integriert sind oder deren
471 Qualifizierung in den Arbeitskräftebedarf passt, soll es die Möglichkeit zum echten
472 Spurwechsel geben. Gut funktionierende Konzepte der Arbeitsmigration, wie die
473 Westbalkanregelung, bauen wir aus und verstetigen sie.

474 **Integration gelingt nur mittendrin - Sprache, Zugang, Teilhabe**
von
475 **Anfang an**

476 Integration ist in einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft der erste Schritt auf
dem
477 Weg zu gleichen Teilhabechancen in zentralen Bereichen des Lebens. Sie ist ein
478 wechselseitiger Prozess und stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen,
als auch
479 an alle, die schon länger hier leben. Für das Zusammenleben sind die Werte des
Grundgesetzes
480 die Grundlage. Wir treten dafür ein, dass alle neu ankommenden Migrant*innen und
481 Geflüchteten von Anfang an ein Recht auf einen kostenfreien Zugang zu passgenauen
und gut
482 erreichbaren Sprach- und Integrationskursen haben. Denn derzeit ist das für viele
Personen
483 im Asylverfahren, Geduldete und EU-Bürger*innen nur schwer und kostenpflichtig
möglich.
484 Zudem wollen wir die nach 2015 ausgebauten Angebote an weiterführenden
Sprachkursen
485 aufrechterhalten. Genauso wichtig für eine gelingende Integration sind die möglichst
486 dezentrale Unterbringung, ein breites Beratungsangebot gerade auch für Familien
sowie der
487 unterschiedlose Zugang zu Wohnraum, Gesundheits- und Sozialleistungen sowie zu
Kitas,
488 Bildungseinrichtungen, Ausbildung und Arbeit. Gezielte Unterstützung ermöglicht
Teilhabe und
489 stärkt den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen auf europäischer
Ebene einen
490 kommunalen Integrationsfonds auflegen, um europaweit das Ankommen in den
Kommunen direkt zu
491 unterstützen. Damit sollen unter anderem Migrationsberatungsstellen gestärkt und
aufgebaut,
492 zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen gefördert und strukturelle Entlastungen
der
493 Kommunen, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklären, in der EU
gesichert
494 werden. Betriebe, die Geflüchteten eine Chance auf Ausbildung oder Beschäftigung
geben,
495 brauchen entsprechende Unterstützung und Förderung.

496 **Asylverfahren rechtssicher und transparent**

497 Wir wollen, dass Asylverfahren in Deutschland rechtssicher, fair und transparent
gestaltet
498 sind. Wir wollen dafür sorgen, dass es zügig zu einer Entscheidung über den
Aufenthaltstitel
499 kommt, damit Menschen früh verbindliche Gewissheit haben, ob sie bleiben können
oder nicht.
500 Eine nichtstaatliche unabhängige Asylverfahrensberatung für alle Asylsuchenden, von der
Ankunft bis zum Abschluss des Asylverfahrens, wollen wir sicherstellen und die
501 verlängerte
502 Verweildauer von Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf mögliche 18
Monate
503 rückgängig machen auf wieder 6 Monate. Die dezentrale Unterbringung sollte immer
Vorrang
504 haben. Wir wollen das Recht von Kindern, unabhängig von der Bleibeperspektive, auf
Zugang zu
505 Bildungsangeboten garantieren. Wir beenden die flächendeckenden und anlasslosen
506 Widerrufsprüfungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und
optimieren
507 so das Asylprozessrecht. Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und
damit
508 eine verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Geflüchteten,
die ein
509 echtes Ankommen und Teilhabe erschwert. Integrationsfeindliche gesetzliche
Regelungen wie
510 Arbeitsverbot und pauschale Wohnsitzauflage schaffen wir ab. Die in den vergangenen
Jahren
511 vorgenommenen Aushöhlungen des Asylrechts wollen wir zurücknehmen. Die
Ausrufung „sicherer“
512 Herkunfts- oder Drittstaaten lehnen wir ab – auch auf europäischer Ebene.

513 **Raus aus der Duldung**

514 Mehr als 200.000 Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – leben über viele
Jahre
515 in einem Zustand der Perspektivlosigkeit und Rechtsunsicherheit in Deutschland, weil
sie nur
516 geduldet sind. Das ist weder für die Betroffenen noch für das gesellschaftliche
517 Zusammenleben gut. Nicht zu wissen, ob Deutschland wirklich Heimat wird, erschwert
die
518 Integration massiv. Wir wollen die Anzahl der Menschen, die sich von Duldung zu
Duldung
519 hangeln müssen, deshalb möglichst auf null reduzieren. Für diese Menschen braucht
es nach
520 fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres Bleiberecht. Heranwachsende, Jugendliche und
Familien
521 mit minderjährigen Kindern sollen nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen.
Durch
522 die Umwandlung der Ausbildungsduldung in ein Ausbildungsbleiberecht verschaffen

wir den
523 Menschen einen verlässlichen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt und sorgen für
die
524 Betriebe für Planungssicherheit. Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und
525 aufenthaltsrechtlichen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsschutzmöglichkeiten kein
Asyl
526 bekommen und in ihrem Herkunftsland nicht gefährdet sind, müssen zügig wieder
ausreisen. Wir
527 wollen dies durch schnelle und wirksame Unterstützung und Beratung erleichtern.
528 Abschiebungen, zum Beispiel über Rückübernahmeabkommen, sind das letzte Mittel,
wenn die
529 Rückkehr verweigert wird, freiwillige Ausreisen haben immer Vorrang. Abschiebungen
in
530 Kriegs- und Krisenländer wollen wir beenden, den Abschiebestopp nach Syrien und
Afghanistan
531 wieder einsetzen.

532 **Wir rücken Feminismus, Queerpolitik und** 533 **Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus**

534 **Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen**

535 Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und
Gerechtigkeit.
536 Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben
und
537 auch Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in
die
538 Parlamente. Das ist eine Aufgabe für alle Geschlechter. Dafür braucht es auch Männer,
die
539 für eine Gesellschaft eintreten, in der Macht, Möglichkeiten und Verantwortung
gerecht
540 geteilt werden. Geschlechtergerechtigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Mit einem
Gender-
541 Check wollen wir prüfen, ob eine Maßnahme oder ein Gesetz die Gleichberechtigung
der
542 Geschlechter voranbringt, und dort, wo es ihr entgegensteht, dementsprechend
eingreifen. Die
543 neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstellung werden wir zu einer effektiven
Institution
544 ausbauen, die gesichertes Wissen zu den Lebenslagen aller Geschlechter bereitstellt
und
545 wirksame Maßnahmen für Gleichberechtigung entwickelt, bündelt und für Wirtschaft,
Politik
546 und Öffentlichkeit zugänglich macht. Hierfür leisten die Sozialwissenschaften und die
547 Genderstudies einen unverzichtbaren Beitrag. Wir brauchen eine
Gleichberechtigungsstrategie,
548 die alle Lebens- und Politikbereiche umfasst, ressortübergreifend arbeitet und die
549 Erkenntnisse in umsetzbare Ziele übersetzt. Es wird Zeit für eine feministische

Regierung,
550 in der Frauen und Männer gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten.

551 **Geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen**

552 Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, die vor allem Frauen betrifft, ist eine
553 gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Gewalt im häuslichen und persönlichen
Nahbereich
554 wird oft verharmlost, sowohl in der medialen Darstellung als auch in der
Rechtsprechung. Mit
555 der Istanbul-Konvention haben wir ein Instrument an der Hand, das die notwendigen
Maßnahmen
556 beschreibt. Dazu gehört auch eine Reform der Kriminalstatistik, damit das ganze
Ausmaß der
557 in Deutschland verübten Verbrechen, die aus Frauenhass begangen werden,
differenziert
558 erfasst wird und diese Taten systematisch als Hassverbrechen eingestuft werden.
559 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres
Ehemanns
560 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können.
Polizei
561 und Justiz müssen im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umfassend
geschult und
562 sensibilisiert sein. Opfer von Vergewaltigungen brauchen eine qualifizierte
563 Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung und der Pille danach. Wir
werden
564 Monitoringstellen einrichten und die getroffenen Maßnahmen regelmäßig auf ihre
Wirksamkeit
565 prüfen.

566 **Frauenhäuser absichern**

567 Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es ist die Pflicht des
Staates,
568 Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Frauenhäusern kommt hierbei
eine
569 Schlüsselrolle zu. Denn jede von Gewalt betroffene Frau, ob mit oder ohne Kinder,
braucht
570 eine Anlaufstelle und Schutz – unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status,
ihrer
571 Wohnsituation oder davon, ob sie eine Beeinträchtigung hat. Mit einem gesetzlichen
572 Rechtsanspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sichern wir über eine
573 Geldleistung des Bundes Betroffene ab und verbessern den Zugang zu
Schutzeinrichtungen und
574 deren Angeboten für alle Frauen. Länder und Kommunen müssen weiterhin ihrerseits
ihrer
575 Finanzierungsverantwortung nachkommen. Für die Aufenthaltszeit in einem
Frauenhaus sollen
576 Betroffene, die Sozialleistungen erhalten, nicht schlechtergestellt werden. Wir
brauchen
577 Frauenhäuser, in denen Kinder, auch wenn sie älter sind, mit aufgenommen werden

können.

578 Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und Zufluchtsräume, insbesondere
auch für
579 queere, trans- und intergeschlechtliche Menschen, entwickelt und bereitgestellt
werden.

580 **Vor Zwang schützen**

581 Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz. Dazu sollen
582 Prostitutionsstätten strenger kontrolliert werden und in Zukunft einer Erlaubnispflicht
583 unterliegen. Außerdem wollen wir Beratungsangebote ausbauen und finanziell
unterstützen.
584 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein abscheuliches
Verbrechen, das wir
585 mit den Mitteln des Strafrechts, aber auch durch ein gemeinsames europäisches
Vorgehen,
586 Information sowie Schutz und Hilfe für die Opfer konsequent bekämpfen werden. Opfer
von
587 Menschenhandel einfach abzuschieben ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige-
und
588 Aussagebereitschaft durch ein dauerhaftes Bleiberecht erhöht und die Strafverfolgung
der
589 Täter*innen würde erleichtert. Zwangsverheiratungen sind
Menschenrechtsverletzungen. Frauen
590 und Männer, die davon bedroht sind, brauchen Hilfe und Schutz und gute Beratung
durch
591 verlässlich finanzierte Beratungsstellen. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine
massive
592 Verletzung der körperlichen Integrität. Es ist entscheidend, dass wir den Betroffenen
helfen
593 und sie schützen, auch durch internationale Aufklärungs- und Hilfekampagnen. Doch
auch in
594 Deutschland brauchen wir eine Strategie dagegen. Zivilgesellschaftliche
Organisationen, die
595 sich in diesem Bereich engagieren, wollen wir besser unterstützen, die
Kontaktpersonen der
596 Mädchen sowie pädagogisches Personal und Jugendämter sollen geschult und
sensibilisiert
597 werden.

598 **Selbstbestimmung durch Gesundheitsversorgung**

599 Alle Menschen, auch Mädchen und Frauen, sollen selbst über ihren Körper und ihr
Leben
600 entscheiden können. Eine gute Gesundheitsversorgung inklusive eines gesicherten
Zugangs und
601 umfassender Informationen zum Schwangerschaftsabbruch sind dafür notwendig. Die
602 Entscheidung, ob eine Frau eine Schwangerschaft abbricht oder nicht, gehört mit zu
den
603 schwersten im Leben. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass diese Frauen gut beraten
und

604 medizinisch professionell versorgt werden. Wir streiten für eine ausreichende und
605 wohnortnahe Versorgung mit Ärzt*innen, Praxen und Kliniken, die
Schwangerschaftsabbrüche
606 vornehmen. Das Thema muss in die Ausbildung von Ärzt*innen nach international
anerkannten
607 Standards integriert werden. Familienplanungs- und Beratungsstellen werden wir
absichern und
608 die freiwilligen Beratungsangebote ausbauen. Um die Versorgung für Frauen dauerhaft
zu
609 gewährleisten, braucht es eine Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von
610 selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle Kostenübernahme. Frauen, die sich
für einen
611 Abbruch entscheiden, und Ärzt*innen, die einen solchen ausführen, müssen etwa
durch die
612 Einrichtung von Schutzzonen vor Anfeindungen und Gehsteigbelästigungen geschützt
werden.
613 Ungewollt Schwangere brauchen den bestmöglichen Zugang zu Informationen. Um
diesen zu
614 gewährleisten und Ärzt*innen zu schützen, gilt es den § 219 a aus dem
Strafgesetzbuch zu
615 streichen. Die Kosten für ärztlich verordnete Mittel zur Empfängnisverhütung müssen
für
616 Empfängerinnen von staatlichen Transferleistungen übernommen werden.

617 **Homo- und Transfeindlichkeit bekämpfen**

618 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*-, Inter*- und queere Menschen (LSBTIQ*) sollen
619 selbstbestimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Dafür und gegen
gesetzliche
620 Diskriminierungen sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir
ein starkes
621 Signal setzen und den Begriff „sexuelle Identität“ in Artikel 3 Absatz 3 des
Grundgesetzes
622 ergänzen. Wir werden einen bundesweiten ressortübergreifenden Aktionsplan „Vielfalt
leben!“
623 für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen mit dem Ziel,
LSBTIQ*
624 gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren und Vielfalt und
625 Akzeptanz zu fördern. Dazu gehören auch Maßnahmen zur LSBTIQ*-inkluisiven
626 Gesellschaftspolitik sowie eine langfristige Strukturförderung der LSBTIQ*-Verbände.
Gegen
627 LSBTIQ* gerichtete Hasskriminalität werden wir entschieden bekämpfen. Das
diskriminierende
628 Blutspendeverbot für homosexuelle Männer wollen wir aufheben. Um queere
Jugendliche zu
629 schützen und zu stärken, wollen wir mit einer bundesweiten Aufklärungskampagne für
junge
630 Menschen über die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten
631 informieren und bezüglich Homo- und Transphobie sensibilisieren. Wir werden uns
gemeinsam

632 mit den Ländern dafür einsetzen, dass sich geschlechtliche Vielfalt und Diversität in
den
633 Lehr- und Bildungsplänen wiederfinden.

634 **Selbstbestimmung garantieren, Transsexuellengesetz aufheben**

635 Mit einem Selbstbestimmungsgesetz werden wir dafür sorgen, dass das überholte
636 Transsexuellengesetz endlich aufgehoben wird. Eine Änderung der Geschlechtsangabe
auf Antrag
637 der betroffenen Person werden wir ermöglichen und das Offenbarungsverbot
konkretisieren. Wir
638 schreiben fest, dass nicht notwendige Operationen und Behandlungen an
intergeschlechtlichen
639 Kindern verboten werden. Bei Gesundheitsleistungen sowie geschlechtsangleichenden
Operationen und Hormontherapien muss das Selbstbestimmungsrecht gesichert sein.
Den Anspruch
641 auf medizinische körperangleichende Maßnahmen wollen wir gesetzlich verankern und
dafür
642 sorgen, dass die Kostenübernahme durch das Gesundheitssystem gewährleistet wird.

643 **Wir stärken Sicherheit und Bürger*innenrechte**

644 **Eine gut ausgestattete und bürger*innennahe Polizei**

645 Deutschland ist ein sicheres Land. Das liegt auch an einer gut arbeitenden Polizei. Wir
646 wollen, dass das so bleibt. Dennoch: Diebstahl, Einbrüche, Gewalttaten,
Hassverbrechen oder
647 organisierte Kriminalität belasten Opfer und ihre Angehörigen schwer. Für ihre
Aufgaben wie
648 Prävention, Aufklärung und Strafverfolgung wollen wir die Polizei stärken, in der Stadt
und
649 auf dem Land, analog und digital. Den früheren Personalabbau bei Bundespolizei und
650 Bundeskriminalamt wollen wir durch eine Offensive bei der Besetzung offener Stellen
beheben.
651 Die Polizist*innen verdienen unsere Wertschätzung, genauso wie gute
Arbeitsverhältnisse und
652 leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden. Sichere und leistungsfähige
653 Datenverarbeitung, kombiniert mit mobiler IT, ist dabei eine Grundvoraussetzung
moderner
654 Polizeiarbeit, die wir unterstützen wollen.

655 **Die besondere Verantwortung der Polizei**

656 Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei und sicher leben können. Sicherheit muss
657 überall gleichermaßen garantiert sein. Damit die Polizei dieser Aufgabe nachkommen
kann,
658 muss sie auf das Vertrauen der gesamten Bevölkerung bauen können. Als
ausführendes Organ des
659 staatlichen Gewaltmonopols hat die Polizei dabei eine ganz besondere Verantwortung.

Dem
660 dient die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für die Bundespolizei sowie einer/
661 eines
662 Bundespolizeibeauftragten, an die/den sich sowohl Polizist*innen wie auch
663 Bürger*innen
664 wenden können, um in der Polizeiarbeit auftretende Missstände zu bearbeiten.
665 Polizist*innen
666 sollten sich auch nach der Ausbildung verpflichtend fortbilden können und müssen.
667 Wichtige
668 Fortbildungsbereiche sind beispielsweise der Umgang mit psychisch Kranken sowie
669 Antidiskriminierung und die Gefahr von Racial Profiling. Längst überfällig sind
670 wissenschaftliche Studien zu Rechtsextremismus und Rassismus in den
671 Sicherheitsorganen.
672 Rationale Sicherheitspolitik setzt eine solide Faktenlage und klare Zuständigkeiten
673 voraus.
674 Deshalb werden wir den Periodischen Sicherheitsbericht wieder einführen, dessen
675 Aussagekraft
676 sich in der Vergangenheit bewährt hat.

670 **Europäisches Kriminalamt schaffen, organisierte Kriminalität** 671 **verfolgen**

672 Zahlreiche Straftaten wie Einbrüche oder Diebstähle finden grenzüberschreitend statt.
673 Auch
674 die organisierte Kriminalität und islamistische oder rechtsextreme Terrornetzwerke
675 machen
676 nicht an Landesgrenzen halt. Zum Schutz der Bürger*innen und zur Verteidigung
677 unserer
678 Freiheit brauchen wir eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei
679 und
680 Justiz: durch gemeinsame europäische Polizeiteams, durch die Aufwertung von Europol
681 zu einem
682 Europäischen Kriminalamt sowie durch eine engere justizielle Zusammenarbeit der
683 Mitgliedstaaten, auch mit Hilfe von Eurojust und der Europäischen Staatsanwaltschaft.
684 Wegen
685 der zunehmenden Vernetzung von europäischen Datenbanken sind hohe
686 Datenschutzstandards und
687 eine Verbesserung des grenzüberschreitenden Rechtsschutzes unabdingbar. Diese
688 Zusammenarbeit
689 braucht eine unabhängige Justiz und faire Strafverfahren in allen EU-Mitgliedstaaten.

682 **Verfassungsschutz neu ordnen**

683 Der Verfassungsschutz hat in der Vergangenheit viel Vertrauen verspielt, als er sich
684 auf dem
685 rechten Auge blind zeigte. Hier sind Veränderungen, insbesondere durch einen
686 personellen
687 Neuanfang, zu beobachten, nun muss ein struktureller Neustart folgen, mit dem die
688 Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes verbessert wird. Die in Wissenschaft und
689 Zivilgesellschaft schon heute vorhandene Expertise über verfassungsfeindliche
690 Bestrebungen

688 muss systematischer genutzt werden. Wir wollen den Verfassungsschutz deshalb
strukturell neu
689 aufstellen: zum einen mit einem unabhängigen, wissenschaftlich und unter
Einbeziehung der
690 Zivilgesellschaft aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der
Verfassung.
691 Zum anderen mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und
Spionageabwehr, das
692 mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von
polizeilichen
693 Aufgaben arbeitet.

694 **Rechtsextremismus bekämpfen, Netzwerke zerschlagen**

695 Es gibt mehr als 32.000 Rechtsextremist*innen in Deutschland, die sich immer stärker
696 vernetzen. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der
697 Sicherheitsbehörden – muss Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Dazu braucht
es ein
698 Bündel aus Prävention, Schutz- und Sanktionsmaßnahmen. Durch eine bundesweit
vernetzte
699 Präventionsstrategie wollen wir die Präventionsarbeit massiv ausbauen. Die
700 zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus soll strukturell und langfristig
durch
701 ein Demokratiefördergesetz gefördert werden. Wir werden unabhängige
wissenschaftliche
702 Studien zu Rassismus und Rechtsextremismus in den verschiedenen
Sicherheitsbehörden
703 initiieren, Hassgewalt erfassen und konsequent verfolgen. Die Mordserie des
704 rechtsterroristischen NSU sowie andere rassistische und rechtsextremistische
Terrorakte in
705 Deutschland sind nach wie vor nicht vollständig aufgearbeitet. Deshalb richten wir
nach dem
706 Vorbild der Stasi-Unterlagen-Behörde ein NSU-Archiv ein, in dem auch die Ergebnisse
der 13
707 parlamentarischen Untersuchungsausschüsse ausgewertet werden und langfristig für
708 Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und die Zivilgesellschaft zugänglich sind.

709 **Vor Terrorismus schützen**

710 Jede Form politisch motivierter Gewalt gefährdet unseren Rechtsstaat. Insbesondere
durch
711 Terrorismus von gewaltbereiten Rechtsextremist*innen und Islamist*innen ist die
innere
712 Sicherheit in Deutschland bedroht. Um die offene Gesellschaft, unsere Demokratie und
die
713 Menschen zu schützen, müssen wir Terror entschieden bekämpfen – durch Prävention,
bessere
714 Vernetzung der Sicherheitsbehörden und eine konsequente Überwachung von
sogenannten
715 Gefährder*innen. Dazu braucht es eine europäisch abgestimmte Definition des
716 Gefährderbegriffs. Gefährder*innen müssen engmaschig überwacht werden. Ziel ist,

dass
717 gegenüber Gefährder*innen offene Haftbefehle konsequent vollstreckt und laufende
Verfahren
718 über Ländergrenzen hinweg zusammengezogen werden. Die Kooperation und
Kommunikation zwischen
719 den Sicherheitsbehörden auch über Ländergrenzen muss reformiert werden, wozu die
Schaffung
720 rechtlicher Grundlagen für die Terrorabwehrzentren GTAZ und GETZ gehört.
Aussteigerprogramme
721 für Menschen aus rechtsextremistischen und islamistischen Szene werden wir
ausbauen. Es
722 braucht ein bundeseinheitliches, professionalisiertes Präventions- und
723 Deradikalisierungsnetzwerk analog zu den zivilgesellschaftlichen Trägern, die sich
bereits
724 besser als die politischen Ebenen in Bund und Ländern vernetzt haben. Prävention und
725 Deradikalisierung in Haftanstalten wollen wir stärken. Um Attentate zu erschweren,
werden
726 wir illegalen Waffenhandel, auch und gerade auf Online-Marktplätzen, verstärkt
verfolgen.
727 Den privaten Waffenbesitz tödlicher Schusswaffen wollen wir weitestgehend beenden.

728 **Schutz für Whistleblower**

729 Abgasmanipulationen, Missstände in Pflegeeinrichtungen, der Verkauf von Facebook-
Nutzerdaten
730 – kaum einer der großen Wirtschaftsskandale der vergangenen Jahre wäre ohne die
Hinweise aus
731 den Unternehmen überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt. Missstände bis hin zu
kriminellen
732 Aktivitäten in Unternehmen und Behörden brauchen mutige Menschen, die sie ans
Licht bringen.
733 Diese „Whistleblower“ müssen im Interesse von uns allen besser vor Repressalien und
734 gesundheitlichen, finanziellen und sozialen Folgen ihrer Meldung geschützt werden.
Das
735 werden wir mit einem Hinweisgeberschutzgesetz, das die EU-Whistleblower-Richtlinie
736 ambitioniert und umfassend in nationales Recht umsetzt, erreichen. Darin
festgeschrieben
737 sind ein zweistufiges Meldeverfahren sowie ein Entschädigungsfonds, mit dem das
persönliche
738 Risiko minimiert wird. Die Furcht vor einem ökonomischen und persönlichen Schaden
als
739 Hemmnis für eine Hinweisgabe soll so abgebaut und potenzielle Hinweisgeber*innen
sollen
740 ermutigt werden.

741 **Zielgerichtete Abwehr konkreter Gefahren**

742 Ein starker, demokratischer Rechtsstaat kann gleichzeitig Sicherheit gewährleisten und
743 Freiheit bewahren. Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und Kriminalpolitik, die

744 konkrete Gefahren anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt, statt die Bevölkerung mit
745 pauschaler Massenüberwachung unter Generalverdacht zu stellen. Zukünftige
Sicherheitsgesetze
746 müssen auf valider Empirie beruhen und verfassungsrechtliche Vorgaben zwingend
beachten.
747 Statt pauschaler, anlassloser Vorratsdatenspeicherung und genereller Backdoors für
748 Sicherheitsbehörden oder Staatstrojaner für Geheimdienste wollen wir es der Polizei
749 ermöglichen, technische Geräte anhand einer rechtsstaatlich ausgestalteten Quellen-
TKÜ
750 zielgerichtet zu infiltrieren. Zudem soll eine Meldepflicht für Sicherheitslücken
eingeführt
751 werden.

752 **Wir garantieren den Rechtsstaat und stärken den** 753 **Verbraucherschutz**

754 **Konsequent gegen Korruption**

755 Korruption, Steuerhinterziehung, Geldwäsche oder Manipulationen im Finanzmarkt sind
756 Rechtsverstöße, die verheerende Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien
Markt, für
757 Umwelt und Menschen(rechte) haben können. Wirtschaftsstraftaten machen einen
Großteil der
758 polizeilich erfassten finanziellen Schädigungen aus. Bei Rechtsverstößen werden wir
759 Unternehmen deshalb künftig wirksamer zur Rechenschaft ziehen. Ziel ist, die bereits
760 verstreut bestehenden Regelungen in einem eigenständigen Gesetz gegen
761 Wirtschaftskriminalität zusammenzufassen und zu ergänzen. Um zu verhindern, dass
762 Rechtsverstöße von Unternehmen wegen organisierter Unverantwortlichkeit nicht
geahndet
763 werden können, soll künftig auch an das Organisationsverschulden angeknüpft werden
können.
764 Die Pflicht zum Nachweis der legalen Herkunft großer Zahlungen wollen wir
verstärken.
765 Sanktionen müssen gemäß den EU-Vorgaben wirksam, angemessen und abschreckend
sein, zum
766 Beispiel indem unrechtmäßiger Gewinn bei der Abschöpfung geschätzt werden darf.
Den
767 Sanktionskatalog wollen wir um weitere Maßnahmen wie den Ausschluss von der
Vergabe
768 öffentlicher Aufträge, die Schadenswiedergutmachung sowie verpflichtende
Vorkehrungen für
769 Unternehmen zur Verhinderung von Straftaten erweitern und ein öffentliches
Sanktionsregister
770 einführen.

771 **Rechtsschutz für jeden, Sammelklagen einführen**

- 772 Menschen müssen ihr Recht auch gegenüber wirtschaftlich Stärkeren wirksam durchsetzen
- 773 können, zum Beispiel in Fällen wie dem Diesel-Abgas-Betrug. Dazu führen wir die Sammelklage
- 774 (Gruppenklage) ein, damit Menschen auch bei kleineren, aber massenhaft auftretenden Schäden
- 775 effektiv zu ihrem Recht kommen und zum Beispiel Schadensersatz bekommen. Die bisher
- 776 eingeführten kollektiven Klageverfahren wie die Musterfeststellungsklage, die nur
- 777 Verbraucher*innen zusteht, und das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz sind unzureichend.
- 778 Die immer beliebtere Rechtsdurchsetzung durch Legal-Tech-Unternehmen stellt andererseits
- 779 eine Belastung für die Justiz dar, da alle Fälle einzeln entschieden werden. Den kollektiven
- 780 Rechtsschutz wollen wir deshalb verallgemeinert und vereinheitlicht in die
- 781 Zivilprozessordnung integrieren und die Bündelung individueller Ansprüche im Rahmen einer
- 782 Gruppenklage ermöglichen. Für eine bessere Durchsetzung des Rechts sollen die
- 783 Zugangsschranken gesenkt und die Verfahren vereinfacht werden. Die Verbandsklage-Richtlinie
- 784 der EU setzen wir zügig in nationales Recht um.

785 **Kinderschutz vor Gericht verbessern**

- 786 In familienrechtlichen Verfahren werden Entscheidungen getroffen, die erhebliche
- 787 Auswirkungen auf das weitere Leben von Kindern und ihre Familien haben können. Es gilt den
- 788 Kinderschutz vor Gericht zu stärken. Wir machen einerseits die Fortbildungen für
- 789 Familienrichter*innen verbindlich und werden diese andererseits bei ihrem Arbeitspensum
- 790 berücksichtigen. Auch in Kindschaftssachen wollen wir die Rechtsbeschwerdemöglichkeit zum
- 791 Bundesgerichtshof herstellen. In Strafverfahren wollen wir die Opferrechte von Kindern
- 792 weiter stärken. Mehrfache Vernehmungen müssen vermieden und die Befragungen kindgerecht
- 793 ausgestaltet sein. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder muss konsequent aufgeklärt und verfolgt
- 794 werden, vor allem durch mehr – insbesondere auch auf Internetkriminalität spezialisiertes –
- 795 Personal bei Polizei und Staatsanwaltschaften.

796 **Online-Kündigung mit nur einem Klick**

- 797 Online-Verträge kann man mit einem Klick abschließen, während man für die Kündigung häufig
- 798 zu Telefon oder Briefbogen greifen muss. Auch lange Mindestlaufzeiten und automatische

799 Vertragsverlängerungen um ein Jahr sind alles andere als verbraucherfreundlich. Wir
wollen
800 Verbraucher*innen vor Vertragsfallen schützen und durchsetzen, dass die Online-
Kündigung so
801 einfach ist wie die Online-Bestellung. So wie es einen Bestellbutton gibt, muss es auch
802 einen Kündigungsbutton geben sowie eine verpflichtende Eingangsbestätigung für
Online-/E-
803 Mail-Kündigungen. Vertragslaufzeiten und automatische Verlängerungen müssen
verkürzt werden
804 – zugunsten des Verbraucherschutzes und des Wettbewerbs. Wir wollen die maximale
805 Mindestlaufzeit von Verträgen von zwei Jahren halbieren und die stillschweigende
806 Vertragsverlängerung von einem Jahr auf einen Monat verkürzen.

807 **Ein Recht auf Reparatur**

808 Von der Waschmaschine bis zum Handy – viele Geräte landen schon nach kurzer Zeit
auf dem
809 Müll, weil sie schnell kaputtgehen, nicht reparierbar sind oder keine Software-Updates
mehr
810 angeboten werden. Das ärgert die Verbraucher*innen, es verschwendet wertvolle
Ressourcen und
811 verursacht Berge von Elektroschrott. Wir setzen stattdessen auf Qualität und
Langlebigkeit.
812 Durch ein Recht auf Reparatur wollen wir Elektroschrott von vornherein vermeiden. Die
813 Grundlage dafür sind verbindliche Designvorgaben, damit elektronische Geräte so
gestaltet
814 sind, dass sie möglichst langlebig, reparierbar und recyclingfähig sind. Durch die
815 Verdopplung der Gewährleistungsfristen auf vier Jahre und eine Angabe der vom
Hersteller
816 vorgesehenen Lebensdauer wollen wir erreichen, dass Geräte für eine längere
Lebensdauer
817 gebaut werden. So werden wir die Spielräume der EU-Vorgaben voll ausschöpfen und
uns
818 gleichzeitig für mehr Verbraucherschutz in der EU engagieren.

819 **Finanzberatung im Interesse der Kund*innen**

820 Häufig werden Kund*innen Finanzprodukte angedreht, die für sie zu teuer, zu riskant
oder
821 schlicht ungeeignet sind. Diese Produkte sind häufig gut für die Gewinne der Banken
und
822 Versicherungen, aber schlecht für die Kund*innen. Wir wollen die Finanzberatung vom
Kopf auf
823 die Füße stellen. Dafür schaffen wir ein einheitliches und transparentes Berufsbild für
824 Finanzberater*innen. Alle Vermittler*innen und Berater*innen sollen künftig von der
BaFin
825 beaufsichtigt werden. Wir wollen weg von der Provisionsberatung und schrittweise zu
einer
826 unabhängigen Honorarberatung übergehen. Dafür schaffen wir eine gesetzliche
Honorarordnung,

827 die Finanzberater*innen stärkt und unabhängiger macht. Die Finanzaufsicht soll von
828 der
828 Möglichkeit, den Vertrieb von schädlichen und irreführenden Finanzprodukten zu
829 untersagen,
829 stärker als bisher Gebrauch machen. Überhöhte Dispozinsen und Gebühren für das
830 Basiskonto
830 werden wir begrenzen.

831 **Wir fördern die Kultur, die Künste und den Sport**

832 **Krisenfeste Strukturen für die Kultur**

833 Kultur ist frei und muss keinen Zweck erfüllen. Sie ist gleichzeitig von zentraler
834 Bedeutung
834 für die Selbstreflexion der Gesellschaft, den Zusammenhalt und die
835 Persönlichkeitsbildung
835 der Einzelnen. Wir wollen, dass die Kulturlandschaft nach der Pandemie mit ihren
836 monatelangen Schließungen zu neuer Lebendigkeit, Vielfalt und Reichhaltigkeit findet
837 und
837 Kultur und kulturelle Bildung endlich selbstverständlicher Teil der Daseinsvorsorge
838 werden.
838 Eine nachhaltige (Wiederaufbau-)Strategie muss die Kommunal Finanzen als eine
839 wichtige
839 Grundlage für das Kulturleben stärken, das Zuwendungsrecht reformieren, mehr
840 Kooperationen
840 zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Finanzierung von Kultureinrichtungen
841 und -
841 projekten ermöglichen sowie einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor
842 Verdrängung
842 und Abriss einrichten, der Kulturorte langfristig absichert. Die öffentliche
843 Kulturförderung
843 soll künftig partizipativ, geschlechtergerecht, abgestimmt und nach transparenten
844 Kriterien
844 angelegt sein.

845 **Kulturschaffende und Kreative besser absichern**

846 Die Corona-Krise zeigt, unter welchen prekären Bedingungen viele Kultur- und
847 Medienschaffende
847 arbeiten. Für eine vielfältige Kulturlandschaft braucht es eine Absicherung, die
848 Freiräume
848 bietet und künstlerisches und kreatives Schaffen ermöglicht. Kulturschaffende sollen
849 für die
849 Zeit der Corona-Krise mit einem Existenzgeld von 1.200 Euro im Monat abgesichert
850 werden. Die
850 Künstlersozialkasse (KSK) muss finanziell gestärkt, Rechtssicherheit für die
851 Mitgliedschaft
851 in der KSK geschaffen und die freiwillige Weiterversicherung für Selbständige in der
852 Arbeitslosenversicherung vereinfacht werden. Bei kulturellen Werken muss für
852 Urheber*innen

853 eine angemessene Vergütung sichergestellt werden. Eine angemessene Beteiligung
insbesondere
854 an den Gewinnen der Vertriebsplattformen sorgt dafür, dass Kultur- und
Medienschaffende
855 weiter an ihren Werken verdienen können.

856 **Kultur in der Gesellschaft**

857 Aktives Kulturleben ist die Basis von demokratischen Gesellschaften. Hier findet die
858 Auseinandersetzung darüber statt, wie wir leben wollen. Deshalb muss die
Gesellschaft in
859 ihrer ganzen Vielfalt im Kulturschaffen sichtbar sein. Wir wollen Kultureinrichtungen
öffnen
860 und stärken, damit jede*r einfachen Zugang zu ihnen hat und ihre Angebote nutzen
und
861 gestalten kann. Bestehende soziale, finanzielle oder bauliche Hürden müssen dafür
abgebaut
862 werden, etwa durch den kostenlosen Eintritt für Schüler*innen in staatlichen Museen
oder
863 durch die Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken. Wir wollen gerade solche
864 Kulturangebote kontinuierlich und flächendeckend fördern, die die Situation und die
865 Bedürfnisse in ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde mitdenken und das als ihre zentrale
866 Zukunftsaufgabe verstehen. In ländlichen Regionen, aber auch in urbanen Zentren
sollen
867 Kultureinrichtungen Knotenpunkte von Begegnungen und zu sogenannten „Dritten
Orten“ werden,
868 die auch Menschen einen Zugang zu Kultur ermöglichen, die davon bislang wenig
profitieren.
869 Bei der Besetzung von Intendanzen, bei der Zusammensetzung von staatlich
geförderten
870 Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und Werksaufträgen und bei
staatlichen Jurys
871 wollen wir eine Quotenregelung einführen, um Geschlechtergerechtigkeit zu
gewährleisten.
872 Zudem muss auf angemessene Repräsentanz der vielfältigen Gesellschaft geachtet
werden.
873 Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und Teilhabe müssen fester Bestandteil der
Ausbildung
874 zu Kulturberufen sein.

875 **Den Kulturbetrieb ökologischer machen**

876 Der Kulturbetrieb und die Künste können eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der
877 Klimakrise spielen. Auch gibt es viele Initiativen und Akteur*innen, die mit viel Einsatz
878 versuchen, ressourcenschonender zu arbeiten und den Kulturbetrieb ökologisch
auszurichten.
879 Wir werden das ökologische Engagement im Kulturbetrieb nachhaltig unterstützen.
Dafür werden
880 wir einen „Green Culture Fonds“ als Förderinstrument einrichten. Antragsberechtigt
sind
881 öffentlich geförderte Einrichtungen und Projekte sowie private Akteur*innen der Kultur-

und

882 Kreativwirtschaft und der freien Szene. Auch beim Film sollen Förderinstitutionen und -
883 maßnahmen künftig klare Anreize für eine nachhaltige Produktion schaffen. Doch auch
gerade

884 Künstler*innen geben neben Wissenschaftler*innen und Akteur*innen der
Zivilgesellschaft

885 Impulse für die nachhaltige Transformation.

886 **Erinnerungskultur stärken und öffnen**

887 Erinnerungskultur trägt entscheidend zur Selbstverständigung und zum
Zusammenhalt bei und

888 ist eine grundlegende Voraussetzung für den Schutz unserer Demokratie. Doch noch
immer gibt

889 es Leerstellen in der Aufarbeitung der deutschen Verbrechengeschichte. Der
890 Nationalsozialismus muss weiter konsequent aufgearbeitet und bisher wenig
beachtete

891 Opfergruppen wie die sogenannten „Asozialen“, „Berufsverbrecher“ und „Euthanasie“-
Opfer

892 sollen durch eine angemessene Entschädigung anerkannt werden. Die finanzielle
Förderung von

893 Forschungsarbeiten, die Weiterentwicklung der pädagogischen und wissenschaftlichen
Arbeit

894 der Gedenkstätten sowie die weitere Aufarbeitung und Rückgabe von NS-Raubkunst
stehen dabei

895 im Mittelpunkt. Auch die DDR-Diktatur soll durch die Fortsetzung der Forschung und
der

896 politischen Bildungsarbeit an den Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Stasi-

897 Unterlagen weiter aufgearbeitet werden. Wir werden die Kontinuitäten des
Kolonialismus ins

898 Bewusstsein rücken durch eine zentrale Erinnerungs- und Lernstätte und so eine breite

899 gesellschaftliche Debatte über unser koloniales Erbe fördern, die sich nicht allein auf
die

900 Rückgabe von Kulturgütern beschränkt, sondern eine antirassistische Perspektive auf

901 Geschichte und Gesellschaft ermöglicht. Gleichzeitig muss sich die deutsche

902 Erinnerungskultur für die Erfahrungen und Geschichten der Menschen öffnen, die nach

903 Deutschland eingewandert sind, und das Gedenkstättenkonzept entsprechend
weiterentwickelt

904 werden.

905 **Ein Entwicklungsplan für den Sport**

906 Im Sport, dem größten Träger der organisierten Zivilgesellschaft und des freiwilligen

907 Engagements, werden täglich demokratische Werte wie Gemeinsamkeit, Toleranz,
Integration,

908 Inklusion, Engagement und Gesundheitsprävention gelebt und vermittelt. Damit
übernimmt der

909 Sport eine herausragende Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben. Dies
werden wir

910 fördern und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen Ideen und Energien
bündeln und
911 zusammen mit den Sportverbänden, Ländern, Kommunen und der Wissenschaft einen
912 Entwicklungsplan Sport erarbeiten und umsetzen – ähnlich dem Goldenen Plan aus
den 1960ern.
913 Ein besonderer Fokus muss dabei vor allem auf strukturschwachen Regionen, gerade
in
914 Ostdeutschland, liegen, denn die Diskrepanz zwischen Ost und West ist beim
Breitensport auch
915 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ein Problem. Ausreichend vorhandene und
916 barrierefreie Sportstätten und Bewegungsräume zählen in Städten und ländlichen
Räumen zur
917 Daseinsvorsorge, deshalb wollen wir, dass Bewegungs- und Sportflächen in der
918 Wohnungsbaupolitik und Quartiersplanung fest verankert und die bestehenden saniert
werden.
919 Dazu gehören auch insbesondere Schwimmsportstätten, denn unser Anspruch ist,
dass jedes Kind
920 schwimmen lernen kann. Das wollen wir mit einem Bundesprogramm zur Sanierung
und
921 Instandsetzung von Schwimmstätten erreichen. Sportgroßveranstaltungen sollen
klimaneutral,
922 sozial und nachhaltig ermöglicht werden, so dass sie auch einen bleibenden
923 Infrastrukturgewinn für die Bürger*innen vor Ort schaffen. Dafür braucht es eine
bundesweit
924 einheitliche und föderal abgestimmte Gesamtstrategie, bei der von Beginn an
925 Bürger*innenbeteiligung Teil der Planung ist.

926 **Spitzensport braucht Breitensport**

927 Ein starker Breitensport braucht Vorbilder. Im Spitzen- und Profisport muss es um die
928 bestmögliche Förderung von Talenten gehen, nicht um den größten Gewinn für
Funktionär*innen.
929 Deshalb wollen wir bei der Förderung des Spitzensports die Bedingungen und
Perspektiven für
930 Leistungssportler*innen in den Mittelpunkt stellen. Bei der Doping-Prävention und im
Anti-
931 Doping-Kampf stärken wir die NADA, und auf internationaler Ebene setzen wir uns für
eine
932 Athlet*innenvertretung bei der WADA ein sowie dafür, dass diese künftig unabhängig
vom IOC
933 finanziert wird. Auch Korruptionsskandale auf höchster Ebene der
Sportfunktionär*innen sowie
934 die zunehmende Kommerzialisierung bedrohen den Spitzensport. Gerade beim Fußball
gilt es den
935 Sport den Fans zurückzugeben. Deswegen sollen Transparenz und Good Governance
auch im Sport
936 vorangetrieben werden. Gegen Rechtsextremismus und andere Formen
gruppenbezogener
937 Menschenfeindlichkeit im Sport gehen wir mit einem finanziell starken
Bundesprogramm vor,
938 das von einer unabhängigen Stelle beraten wird. Wir schützen die Bürger*innenrechte

von Fans

939 und diese vor ausufernden Datensammlungen und Kollektivstrafen.

940 **Wir bauen Europa weiter**

941 **Die Zukunft der EU gestalten**

942 Wir sehen Deutschland in einer zentralen Verantwortung für den Zusammenhalt und
die
943 Fortentwicklung der EU. Zuletzt aber wurde von Berlin aus bestenfalls verwaltet,
oftmals
944 gebremst. Wir wollen die Europapolitik wieder aktiv gestalten – mit klarem
Wertekompass,
945 entlang einer starken deutsch-französischen Zusammenarbeit und im Zusammenspiel
mit unseren
946 europäischen Partner*innen. Unser Ziel ist eine EU, die zusammenhält und
voranschreitet. In
947 manchen Bereichen kommen wir nur mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voran,
aber die
948 verstärkte Zusammenarbeit muss stets im Rahmen der Verträge und im Bestreben,
dass sich
949 letztlich alle anschließen, erfolgen. In den kommenden zwei Jahren bietet die
„Konferenz zur
950 Zukunft der EU“ eine große Chance, gemeinschaftlich mit den Bürger*innen Reformen
der EU zu
951 entwickeln. Wir wollen sie nutzen für die nächste Phase der europäischen Integration
auf dem
952 Weg zur Föderalen Europäischen Republik und um europäische Antworten auf die
großen
953 Herausforderungen zu formulieren. Die Ergebnisse der Konferenz sollen im Rahmen
der
954 europäischen Gesetzgebung bis hin zu Vertragsänderungen umgesetzt werden.

955 **Europäisches Parlament stärken**

956 Die Geschichte der EU ist eine Geschichte zunehmender Legitimität der europäischen
957 Institutionen. Unser Ziel ist, die europäische parlamentarische Demokratie zu stärken:
mit
958 einem Parlament, das in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheidet, ein
959 vollwertiges Initiativrecht für die Gesetzgebung und ein starkes Haushaltsrecht erhält.
Es
960 soll die Kommission auf Vorschlag des Kommissions-Präsidenten bzw. der
Kommissions-
961 Präsidentin wählen sowie durch ein konstruktives Misstrauensvotum entlassen können.
Für die
962 Wahlen zum Europäischen Parlament setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger*innen
mit ihrer
963 Stimme für einen Spitzenkandidaten bzw. eine Spitzenkandidatin der Parteien auch
die/den

964 nächste*n Präsident*in der EU-Kommission bestimmen. Ein Teil der Abgeordneten soll
zukünftig
965 nicht mehr über viele nationale Listen ins Europaparlament einziehen, sondern über
wirklich
966 europäische, transnationale Listen.

967 **Ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht**

968 Zum europäischen Gemeinwesen gehört das Zusammenwachsen der
Zivilgesellschaften. Deshalb
969 setzen wir uns für ein europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht ein. Ein
970 europäischer Vereinsstatus mit klaren Regeln zu Gründung, Gemeinnützigkeit und
Auflösung
971 würde europäische Vereine dem Schutz der EU unterstellen und nationaler Willkür
entziehen.
972 Zudem wollen wir die Europäische Bürgerinitiative als zentrales Instrument der
Teilhabe der
973 Bürger*innen und der Zivilgesellschaft stärken. So sollen Bürger*innen auch eine
Reform der
974 Verträge oder die Einberufung eines Bürger*innenrates fordern können. Ist eine
975 Bürgerinitiative erfolgreich, sollte spätestens nach einem Jahr und einer Prüfung auf
976 Vereinbarkeit mit den EU-Grundrechten ein Gesetzesvorschlag folgen und im
Europaparlament
977 eine Plenumsabstimmung über das Ziel der Initiative stattfinden.

978 **Mit Mehrheitsentscheidungen Blockaden auflösen**

979 Europa braucht mehr Handlungsfähigkeit, um auf Augenhöhe mit den heutigen
Herausforderungen
980 voranzukommen. Blockaden durch einzelne Staaten in Bereichen wie der Außen- und
981 Sicherheitspolitik und in Steuerfragen oder auch bei Energie und Sozialem können wir
uns
982 nicht länger leisten. Solange nationale Einzelinteressen das europäische Gemeinwohl
983 ausbremsen können, wird die EU keine aktivere Rolle etwa für mehr
Steuergerechtigkeit oder
984 mehr Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte in der Welt übernehmen
können. Darum
985 setzen wir uns dafür ein, für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch
im
986 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen in Mitentscheidung
des
987 Europäischen Parlaments einzuführen. Das ist auch deshalb wichtig, um bei weiteren
988 Erweiterungsrounds der EU deren Handlungsfähigkeit zu sichern. Unser langfristiges
Ziel ist
989 es, die europäischen Institutionen zu einem Zweikammersystem weiterzuentwickeln.

990 **Einflussnahme auf EU-Gesetzgebung transparent machen**

991 Mehr Transparenz stärkt die europäische Demokratie und das Vertrauen der
Bürger*innen in
992 Politik. Um nachvollziehbar zu machen, wofür die Regierungen der Mitgliedstaaten in

Brüssel

- 993 eintreten, setzen wir uns für Fristen im Rahmen der Gesetzgebung ein, bis zu denen
eine
994 öffentliche Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle Regierungen
ihre
995 aktuelle Position zum Vorschlag der Ratspräsidentschaft vorlegen. Auch den Zugang
zu EU-
996 Dokumenten wollen wir substanziell weiterentwickeln. Die EU arbeitet bei
997 Interessensvertreter*innen bereits transparenter als der Bundestag. Wir wollen weitere
998 Schritte gehen – mit einem verbindlichen Lobbyregister für alle EU-Institutionen,
strikeren
999 Karenzzeiten beim Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft und einem „legislativen
1000Fußabdruck“, durch den die Einflussnahme auf Gesetzgebung überprüfbarer wird,
kontrolliert
1001 durch eine unabhängige Ethikbehörde, die Sanktionen verhängen kann.

1002 **Europäische Grundrechte einklagbar machen**

- 1003 Die EU ist eine Gemeinschaft der Werte und des Rechts. Wir wollen die EU-
Grundrechtecharta
1004 langfristig gegenüber den Nationalstaaten einklagbar machen, um so alle EU-
Bürger*innen in
1005 ihren Rechten zu stärken. Mit dem EU-Mechanismus für Demokratie,
Rechtsstaatlichkeit und
1006 Grundrechte setzen wir uns für ein stärkeres Instrument ein, um Verstöße autoritärer
1007 Mitgliedstaaten zu sanktionieren. Aus dem jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht sollen
1008 konkrete Maßnahmen bis hin zu Vertragsverletzungsverfahren und der
Nichtauszahlung von
1009 Subventionen folgen. Kommunen und Regionen sowie Nichtregierungsorganisationen
sollen dann
1010 direkt von der EU gefördert werden. Bei den Artikel-7-Verfahren zur Rechtsstaatlichkeit
1011 braucht es substanzielle Fortschritte. Alle Mitgliedstaaten sollen sich der Europäischen
1012 Staatsanwaltschaft anschließen, wenn sie neue EU-Gelder erhalten wollen.

1013 **Eine öffentlich-rechtliche Medienplattform in Europa**

- 1014 Ein zusammenwachsendes Europa braucht eigene, öffentliche Orte, an denen seine
Bürger*innen
1015 zusammenkommen können, um sich zu informieren, zu partizipieren, sich zu
unterhalten und
1016 politisch zu diskutieren. Wenn überhaupt, kommen dafür bislang nur kommerziell
betriebene,
1017 digitale Plattformen in Frage. Als zeitgemäße Antwort setzen wir uns darum für eine
1018 europäische, digitale Plattform in öffentlicher Hand ein. Sie bündelt europaweit
qualitativ
1019 hochwertige Inhalte – werbefrei, offen und multilingual. Unter hohen
Datenschutzstandards
1020 soll sie darüber hinaus als Kommunikationsplattform dienen. Die Grundlage bildet ein

1021 öffentlich-rechtlicher Auftrag, sie arbeitet zusammen mit den nationalen öffentlichen
1022 Rundfunkanstalten und frei von politischer Einflussnahme.

1023 **Europa der Kommunen und Regionen**

1024 Eine demokratische, vielfältige und bürger*innennahe EU lebt von der Stärke der
Kommunen und
1025 Regionen. Getreu dem Subsidiaritätsprinzip soll Europa da unterstützen, wo
Kommunen an ihre
1026 Grenzen stoßen – aber nicht jeden Lebensbereich regulieren. Die Wettbewerbsregeln
des
1027 Binnenmarkts dürfen Kommunen nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter zwingen. In
EU-
1028 Handelsabkommen braucht es Ausnahmen für die kommunale Daseinsvorsorge sowie
für öffentliche
1029 und soziale Dienstleistungen. Für mehr europaweite Kooperation wollen wir
1030 Städtepartnerschaften stärken, INTERREG-Programme für grenzüberschreitende
Zusammenarbeit
1031 ausweiten und Euregios und Eurodistrikte durch weniger Bürokratie und mehr
Flexibilität
1032 fördern. Kommunen und Regionen brauchen mehr Mitsprache auf europäischer Ebene,
unter
1033 anderem über einen gestärkten Ausschuss der Regionen. Bei Gestaltung und Vergabe
von
1034 Förderprogrammen setzen wir auf das Partnerschaftsprinzip.